

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 21.03.2019

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:05 Uhr bis 19:15 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Barbara Schneider Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Dietrich Kögler Stellv. Bezirksbürgermeister
Frau Margarita Maler
Herr Achim Weigert Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Elke Gerdes
Herr Ole Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Althoff
Herr Peter Brunnert
Frau Elke Herting
Frau Kerstin Metten-Raterink
Frau Christina Osei
Frau Hannelore Pfaff Fraktionsvorsitzende

BfB

Herr Manfred Witte

FDP

Herr Gebhard Spilker

Die Linke

Herr Carsten Strauch

Externe Berichterstatter / Von der Verwaltung:

Herr Kampling, Ingenieurbüro SM Ingenieurplan GmbH, zu TOP 6 und TOP 11.5
Frau Kreuzberger, Amt für Verkehr, zu TOP 6 und TOP 11.5
Frau Busch-Viet, Amt für Jugend und Familie, zu TOP 7
Frau Kimpel, designierte Stadtbezirksmanagerin Gadderbaum
Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede
Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 43. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 11.5 wegen Themengleichheit gemeinsam unter TOP 6 „Festlegung des Ausbaustandards für die Straße „Karl-Schnitger-Weg“ zwischen dem Hoffnungstaler Weg und dem Fußwegekreuz am Bohnenbachpark Höhe „Dankort“ zu beraten.

Außerdem seien in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Tiefbau und Verkehr“ am 08.03.2019 weitere Mitteilungen von der Verwaltung erfolgt und in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Kultur“ am 20.03.2019 neue Informationen von der Verwaltung an die Arbeitsgruppe herangetragen worden, so dass vorgeschlagen wird, die Tagesordnung um die TOP´s 11.6 „Sonstiges aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Tiefbau und Verkehr“ und TOP 13.2 „Bezirkliche Kulturmittel 2019“ zu erweitern.

Des Weiteren lägen neue Informationen vor zu TOP 14 „Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand“, so dass der Vorschlag bestehe, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

- 14.2 GS Martinschule – Erweiterung der OGS
Infos zum Planungsstand des Erweiterungsgebäudes für Mensa und OGS
- 14.3 Abfallbehälter Kükenshove/Deckertstraße
Informationen des Umweltbetriebes

So dann ergeht folgender

Beschluss:

- **Die Tagesordnungspunkte 6 und 11.5 werden wegen Themengleichheit gemeinsam unter TOP 6 „Festlegung des Ausbaustandards für die Straße „Karl-Schnitger-Weg“ zwischen dem Hoffnungstaler Weg und dem Fußwegekreuz am Bohnenbachpark Höhe „Dankort“ beraten.**
- **Die Tagesordnung wird um die folgenden Tagesordnungspunkte erweitert:**
 - 11.6 Sonstiges aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“**
 - 13.2 Bezirkliche Kulturmittel 2019**
 - 14.2 GS Martinschule – Erweiterung der OGS**
 - 14.3 Abfallbehälter Kükenshove/Deckertstraße**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Herr Müller, Ortschaftsreferent der von Bodelschwingschen Stiftungen erinnert an seine Einwohnerfrage bezüglich der Tempo-30-Piktogramme in der Ortschaft Bethel. Er habe diese Frage bereits am 11.10.2018 gestellt und immer noch keine abschließende Antwort erhalten.

Frau Schneider weist darauf hin, dass die Tempo-30-Piktogramme noch unter dem TOP 11.2 beraten werden.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung von Niederschriften

-.-.-

Zu Punkt 2.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.11.2018 (Gemeinsame Sondersitzung des StEA und aller Bezirksvertretungen)

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.11.2018 (gemeinsame Sondersitzung des StEA und aller Bezirksvertretungen) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 21.02.2019

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 42. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 21.02.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Trüggelmann verliest folgende Mitteilung vom Amt für Verkehr:

Einziehung einer Teilfläche der Straße Königsweg

Für eine Teilfläche der Straße Königsweg, hier: Gemarkung Gadderbaum, Flur 6, Flurstück 645 (vorher Teilfläche des Flurstücks Gemarkung Gadderbaum, Flur 6, Flurstück 641), soll ein straßenrechtliches Einziehungsverfahren durchgeführt werden. Die einzuziehende Straßenfläche ist in der Anlage 1 gelb markiert. Mit der Einziehung verliert eine gewidmete Straße die Eigenschaft einer öffentlichen Straße.

Die einzuziehende Straßenfläche, die im anliegenden Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. III/1/06.01 – Anlage 2 – (3. Änderung, rechtsverbindlich seit dem 12.07.1969) als „privater Parkplatz“ ausgewiesen ist, während ein kleinerer Bereich am südlichen Ende der Ausbuchtung von dem Bebauungsplan Nr. III/Ga 9 umfasst – Anlage 3 – (rechtsverbindlich seit dem 11.12.1972) und dort als „nicht überbaubare Grundstücksfläche und als öffentliche Verkehrsfläche“ festgesetzt ist.

Nach § 7 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen soll die Einziehung einer Straße u. a. verfügt werden, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für ihre Beseitigung vorliegen. Entspricht die Einziehung einer Straße einem rechtsverbindlichen Bebauungsplan, so ist das öffentliche Wohl durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes rechtssatzmäßig festgestellt.

Für die kleine Fläche, die die Festsetzung im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche hat, liegt die Stellungnahme des Bauamtes vor, dass die Grundzüge der Planung durch die Einziehung nicht berührt sind. Es handelt sich in der Örtlichkeit bei der einzuziehenden Fläche um einen Teil der privaten Stellplatzfläche.

Von den beteiligten Fachämtern wurden keine Bedenken gegen die Einziehung geltend gemacht.

Zunächst wird die Absicht der Einziehung in den örtlichen Tageszeitungen veröffentlicht. Innerhalb einer Frist von drei Monaten besteht die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben. Falls dies nicht geschieht oder die Einwendungen ausgeräumt werden können, wird nach Ablauf der Frist die endgültige Einziehung bekannt gemacht. Hiergegen kann innerhalb eines Monats Klage erhoben werden.

Herr Brunnert bedankt sich für die ausführliche Mitteilung. Er möchte jedoch noch ergänzend darüber informiert werden, aus welchem Anlass diese Mitteilung nun erfolgt sei.

Frau Schneider sichert ihm eine Antwort durch die Verwaltung zu.

Zu Punkt 4 Anfragen

**Zu Punkt 4.1 Ampel für Fußgänger zum Queren der Artur-Ladebeck-Straße an der Martinschule
gemeinsame Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und SPD**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8294/2014-2020

Frau Schneider verliest die gemeinsame Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und dem Einzelvertreter „Die Linke“:

Kann während der Bauphase des Anbaus an der Martinschule eine Bedarfs-Fußgängerampel für die Querung der Artur-Ladebeck-Straße eingerichtet werden?

Zusatzfrage:

Wie kann ein zügiges und gefahrfreies Queren der Artur-Ladebeck-Straße für ganze Schulklassen erreicht werden, falls die Einrichtung einer Ampel nicht möglich sein sollte?

Frau Trüggelmann verliest die Zwischenmitteilung des Amtes für Verkehr:

Bei der Anfrage sind viele komplexen Aspekte zu berücksichtigen, die leider in der Kürze der Zeit nicht geprüft werden konnten. Das Amt für Verkehr wird für die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum eine Antwort erstellen.

Herr Spilker benötigt noch genauere Informationen bezüglich der Notwendigkeit der Querungshilfe und fragt, aus welchem Anlass die Querung eingerichtet werden solle.

Frau Schneider beantwortet die Frage von Herrn Spilker und weist darauf hin, dass die Thematik in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung mit der Antwort der Verwaltung diskutiert werden könne.

1. Lesung -

Zu Punkt 4.2

Sportliche Ferienspiele in Gadderbaum Anfrage der Fraktion B`90/Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8304/2014-2020

Frau Schneider verliest die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wie und in welcher Form werden die Sportlichen Ferienspiele in Gadderbaum von Seiten der Stadt Bielefeld unterstützt?

1. Zusatzfrage:

Spendengelder für die Sportlichen Ferienspiele, die an die Stadt Bielefeld gehen, werden zu welchen Anteilen an die Bezirke weitergegeben und in welcher Art wird um Spendengelder für die sportlichen Ferienspiele geworben?

2. Zusatzfrage:

In welcher Höhe werden finanzielle Mittel für die Sportlichen Ferienspiele seitens der Stadt Bielefeld bereitgestellt, werden Honorarkräfte bezahlt und wohin fließen die Teilnehmergebühren?

Frau Trüggelmann verliest die Stellungnahme des Sportamtes:

Das Sportamt der Stadt Bielefeld plant die Durchführung der Ferienspiele im Stadtbezirk Gadderbaum (und Stadtbezirk Dornberg). Es organisiert das Material und die Betreuer und plant die größeren Ausflüge.

Zusatzfrage 1:

Das Sportamt bemüht sich jedes Jahr (erfolgreich) um eine Spende der Volksbank Bielefeld/Gütersloh. Diese unterstützt (seit Jahren) die sportlichen Ferienspiele in der Regel mit 10.000€. Die Spende wird dann zwischen allen zehn Stadtbezirken so aufgeteilt, dass jeder Stadtbezirk 1.000€ erhält.

Die Spende der Volksbank ist die einzige externe Spende, die dem Sportamt zur Verfügung steht.

In den übrigen Stadtbezirken werden die Ferienspiele von den dortigen Bezirksämtern organisiert, die im Rahmen ihres Bezirksmanagements eigene Spenden requirieren (können) und für „ihre“ eigenen Ferienspiele frei einsetzen.

Zusatzfrage 2:

Für die sportlichen Ferienspiele werden seit der Haushaltssicherung im Sportamt, aber auch in den Bezirksämtern, keinerlei Haushaltsmittel mehr zur Verfügung gestellt. Man spricht herkömmlich vom „Null-Euro-Ansatz“.

Die Honorarkräfte, Ferienspielmaterialien, sonstigen Angebote und evtl. Ausflugsfahrten werden somit ausschließlich aus Spenden und Elternbeiträgen finanziert.

Frau Pfaff bedankt sich für die Antwort der Verwaltung, zeigt sich aber enttäuscht über die Auswirkungen auf den Stadtbezirk Gadderbaum. In Gadderbaum gäbe es keine großen Geschäfte und Firmen, die die sportlichen Ferienspiele in Gadderbaum unterstützen könnten. Es sei in Gadderbaum ein erhöhter Bedarf für finanzielle Unterstützung durch die Stadt notwendig. Gadderbaum hätte die kinderreichsten Ferienspiele.

Aus diesem Grund stelle sie folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt, dass im Haushalt der Stadt Bielefeld die finanziellen Mittel für die Ausrichtung der Ferienspiele in Gadderbaum bereitgestellt werden.

Herr Heimbeck schließt sich dem Antrag an und schlägt vor, diese Thematik mit in die Ratsfraktionen zu nehmen. Dieses Thema müsse bezirksübergreifend für die gesamte Stadt behandelt werden.

Frau Pfaff weist ergänzend auf den kommenden Doppelhaushalt hin. Hier könne ein Signal gesetzt werden.

Herr Strauch befürwortet ebenfalls den Antrag. Es könne nicht sein, dass die sportlichen Ferienspiele in den Stadtbezirken von den Spendenhöhen abhängig seien. Die Voraussetzungen, insbesondere die finanziellen, müssten in allen Stadtbezirken gleich sein.

Herr Spilker gibt zu bedenken, dass sich die Stadt Bielefeld in einem Haushaltssicherungskonzept befände. Es sei zwar einfach und bequem den Antrag zu stellen, aber wirtschaftlich nicht tragbar. Er werde den Antrag nicht unterstützen.

Herr Witte unterstützt den Antrag aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, da es sich hierbei „nur“ um einen kleinen fünfstelligen Betrag handeln würde.

Frau Schneider bedankt sich für die Wortbeiträge und bittet noch einmal darum, dass jeder die Thematik mit in die Ratsfraktionen nehmen solle.

So dann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt, dass im Haushalt der Stadt Bielefeld die finanziellen Mittel für die Ausrichtung der Ferienspiele in Gadderbaum bereitgestellt werden.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Jugendarbeit in Gadderbaum Anfrage der Fraktion B`90/Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8307/2014-2020

Frau Schneider verliest die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Kann die Jugendarbeit im Haus Gosen der Zionsgemeinde Bielefeld unter den seit langen eingeschränkten räumlichen Bedingungen durchgeführt werden, wie es das Konzept vorsieht und ist ein Ende der Einschränkungen abzusehen?

3. Zusatzfrage:

Wie und in welcher Art wird eine Jugendarbeit in der Martini-Kirchengemeinde angeboten?

4. Zusatzfrage:

Gibt es eine Zusammenarbeit / Kooperation der Jugendarbeit in der Martini-Kirchengemeinde mit dem Haus Gosen der Zionsgemeinde Bielefeld?

Frau Trüggelmann verliest die Antwort des Amtes für Jugend und Familie:

Über Träger, mit denen wir eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung haben, können wir gut informieren, weil wir da nah dran sind. Wobei sich auch dann immer anbietet, gemeinsam mit dem Träger zu berichten, weil mit jemandem sprechen ist allemal besser als über jemanden sprechen.

In diesem Fall ist es aber so, dass wir weder mit dem Haus Gosen noch mit der Martini-Gemeinde eine solche Vereinbarung haben. D.h. es gibt auch keine Kontakte zu den Trägern oder Fachkräften unsererseits.

Das Haus Gosen ist Teil der Zionsgemeinde und bezieht Mittel über die Jugendverbandspauschale; sie machen auch keine Offene Arbeit im Auftrag des Jugendamtes, sondern Jugendverbandsarbeit. Die Martini-Gemeinde bekommt keine Mittel über den Bielefelder Jugendring aus der Jugendverbandspauschale.

Des Weiteren liegt eine Antwort von Frau Pfarrerin Stöcker von der Martini-Kirchengemeinde vor:

*Die Jugendarbeit der Martini-Kirchengemeinde gruppiert sich im Wesentlichen um die Konfirmandenarbeit herum. Es gibt eine Ausbildungsphase für die Nachwuchsmitarbeiter*innen. Die Jugendlichen werden dann in die Teams für den Konfirmandenunterricht und die Kindergottesdienste aufgenommen. Außerdem gibt es noch einige Jugendliche, die zeitweise oder projektbezogen mitarbeiten. Ein neues Konzept zur Vernetzung der Mitarbeitendenteams befindet sich in der Testphase. Es gibt ein offenes Angebot, die so genannte Offene Tür, die allerdings generationenübergreifend arbeitet.*

Zwischen Martini und Gosen gibt es keinerlei Konkurrenz oder Abgrenzungen, die Jugendlichen orientieren sich frei nach den Angeboten, man-

*che nutzen sowohl Gosen, als auch das Gemeindehaus am Pellaweg. Eine engere Zusammenarbeit hat sich bisher nicht ergeben. Das liegt sicherlich an der verschiedenen Konzeptionierung und auch an den sehr unterschiedlichen Trägern. Gerade im Bereich der Ausbildung der Nachwuchsmitarbeiter*innen ist eine Zusammenarbeit immer mal wieder angedacht, allerdings noch nicht umgesetzt worden.*

Ich persönlich schätze die Arbeit von Diakon Carsten Vogt und Presbyter Daniel Dewenter sehr und hoffe, dass sich die räumliche Problemlage bald entspannt.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Anmerkung der Schriftführerin:

Herr Vogt, Hausleitung des Hauses der Jugend Gosen, hat unmittelbar nach der Sitzung folgende Antwort nachgereicht:

Durch Brandschutzauflagen kann das Herzstück Gosens (großer offener Bereich mit Billard, Flipper, Tischtennis und Musik/Tanzbereich) seit Sommer 2017 nicht mehr genutzt werden. Es fehlt ein zweiter Fluchtweg. Eine Umbaumaßnahme mit erforderlichem zweitem Fluchtweg müsste per Bauantrag über die Stadt Bielefeld geschehen, dabei würde allerdings das gesamte Gebäude Gosens (und der Keramikwerkstatt) auf den Prüfstand gestellt werden, welches weitere unabsehbare Kosten für diese in die Jahre gekommene Immobilie verursachen würde.

Das Angebot Gosens für Kinder und Jugendliche kann weiterhin in vollem Umfang stattfinden, natürlich gibt es Einschränkungen und uns fehlt dabei die frühere Fläche für Tobemöglichkeiten, Bewegungsspiele etc., aber durch Anpassung eines anderen Raumes haben wir für etwas Ersatz gesorgt. Großveranstaltungen wie der Frühjahrsempfang wurden ausgelagert oder finden in begrenzterem Rahmen statt (Gosen-Sommerfest, Kinderbibeltage). Die Nutzung des Hauses für Partyvermietungen oder Schulklassen kann nicht mehr erfolgen. Die Räumlichkeit oben wird dauerhaft geschlossen bleiben, der Bezirksausschuss der Zionsgemeinde prüft derzeit mögliche andere Standorte, um die Kinder- und Jugendarbeit ggf. zu verlagern. Anfragen dazu wären an Pastor Melzer oder an den Vorstandsvorsitzenden, Pastor Ulrich Pohl, zu richten.

Aus dem Bezirk der Martinigemeinde kommen einige Kinder und Jugendliche in das Jugendhaus Gosen. Einige Mitarbeitende sind sowohl in Gosen als auch in Martini ehrenamtlich engagiert. Eine Kooperation mit der Martinigemeinde besteht nicht, es gibt aber durchaus gute Kontakte untereinander.

Zu Punkt 5 Anträge

-.-.-

Zu Punkt 5.1 Tempo 30 vor der schutzwürdigen Behindertenwerkstatt am Haller Weg 47 - 49

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8293/2014-2020

Frau Schneider verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob vor der Behindertenwerkstatt am Haller Weg 47 – 49 auf ca. 300m Länge Tempo 30 vorgeschrieben werden kann.

Begründung:

Bei der Umsetzung des § 45 Abs. 9 S. 4 Nr. 6 StVO sollte, wenn es noch nicht geschehen ist, die Behindertenwerkstatt am Haller Weg berücksichtigt werden, da in diesem kurvigen Bereich Menschen mit besonderen Einschränkungen dem Straßenverkehr ausgesetzt sind. Die Gefährdung ist dort bislang besonders hoch, da auf dem gesamten Haller Weg Kraftfahrzeuge mit der Geschwindigkeit von 50 kmh bewegt werden dürfen.

Nach kurzer Diskussion, in deren Verlauf die Bezirksvertretung an ihren Beschluss erinnert, in Gadderbaum flächendeckend Tempo-30 einzurichten, ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob vor der Behindertenwerkstatt am Haller Weg 47 – 49 auf ca. 300 m Länge Tempo 30 vorgeschrieben werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.2 Freigabe für den Radverkehr: Verbindungsweg Höchte - Eggegeweg
Antrag des Einzelvertreters "Die Linke"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8302/2014-2020

Frau Schneider verliest den Antrag des Einzelvertreters Die Linke:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, den für den Verkehr gesperrten Weg zwischen Höchte und Eggeweg für den Radverkehr freizugeben.

Begründung:

Der asphaltierte Waldweg ist eine Abkürzung zwischen Eggeweg und dem Wohngebiet an den Straßen Höchte, Pellaweg und an der Rehwiese.

*Er bietet außerdem für Radfahrer*innen eine nicht so verkehrsreiche Strecke als Alternative zum Eggeweg an. Der Weg ist vom Fußverkehr nicht stark frequentiert und wird heute bereits von Radfahrer*innen genutzt, die aber aufgrund der Beschilderung „Durchfahrt verboten“ das Fahrrad schieben müssten.*

*Eine Freigabe würde den Radverkehr (auch aufgrund der Topographie) nicht wesentlich steigern, aber den Radfahrer*innen die rechtliche Grundlage zur Nutzung des Verbindungsweges geben.*

Herr Strauch begründet ausführlich seinen Antrag.

Herr Heimbeck unterstützt den Antrag von Herrn Strauch.

Herr Witte hätte gerne noch eine Begründung, warum die Freigabe erfolgen solle. Er sieht aufgrund der jahrelangen Praxis keine Probleme.

Frau Schneider führt aus, dass es rechtliche Probleme gäbe, wenn z. B. bei einem Unfall der Radverkehr offiziell nicht freigegeben wäre.

Herr Spilker bittet darum, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuändern.

Herr Brunnert ergänzt, dass es eigentlich ausreichend sein müsse, den Weg mit einem Verbot für Fahrzeuge zu beschildern.

Anschließend lässt Frau Schneider über den erweiterten Antrag von Herrn Spilker abstimmen.

Erweiterter Antrag:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der für den Verkehr gesperrte Weg zwischen Höchte und Eggeweg für den Radverkehr freigegeben werden kann.

5 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt –

So dann wird über den ursprünglichen Antrag abgestimmt und es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, den für den Verkehr gesperrten Weg zwischen Höchte und Eggeweg für den Radverkehr freizugeben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Festlegung des Ausbaustandards für die Straße „Karl-Schnitger-Weg“ zwischen dem Hoffnungstaler Weg und dem Fußwegekreuz am Bohnenbachpark Höhe „Dankort“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7988/2014-2020

- Die Tagesordnungspunkte 6 und 11.5 wurden gemeinsam unter dem Tagesordnungspunkt 6 beraten –

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019:

Frau Kreuzberger informiert, dass der Investor auf Grund der Kritik aus der letzten BV-Sitzung wunschgemäß den Plan überarbeitet habe. Sie stellt an Hand von Plänen nun nur noch die vier Ein- und Ausfahrten vor; es würde demnach nur noch vorwärts ein- und ausgefahren werden. Dies optimiere den Verkehrsfluss sowie die Verkehrssicherheit und insbesondere das aufwendige und Platz verursachende Rückwärtsausfahren ent-falle gänzlich.

Sie revidiert ihre in der BV-Sitzung gemachte Äußerung und informiert, dass die anzulegenden Parkplätze nicht ausschließlich Besuchern zu-stünden, sondern baurechtlicher und verpflichtender Genehmigungsteil für die Häuser seien.

Auf Nachfragen erklärt sie, dass die Mischverkehrsfläche eine einheitliche Pflasterfarbe erhalte (jeder Verkehrsteilnehmer könne sich überall bewegen).

Es entbrennt eine Diskussion über den Verlauf der Regenrinne. Das Argument der planmäßig angeordneten 4:2 Lösung erachtet Herr Brunnert als kritisch, da der Eindruck entstehen könnte, die 4 m seien als Fahr-bahn und die 2 m jenseits der Rinne seien als Parkfläche vorgesehen. Um dies zu verhindern, schlägt Herr Brunnert die Anordnung eines um-fassenden Halteverbotes sowie die Installation von Baumscheiben vor. Herr Sprenger sieht eine solche Umsetzung als sehr schwierig an wegen der dort verlegten Versorgungsleitungen und der vorhandenen Ein- und Ausfahrten. Er verweist auf die „kurze Sackgasse“ und den dort vorhan-denen Kurvenbereich und rechnet nicht mit derlei Parkproblemen.

Frau Kreuzberger unterstützt dies und bittet um eine Probephase, um danach letztendlich über eine evtl. Notwendigkeit eines großflächigen Halteverbotes zu entscheiden. Diesem Vorschlag stimmt Herr Spilker zu.

Herr Heimbeck sieht eine deutliche Verbesserung in den jetzt vorgelegten Plänen. Er spricht sich aber für die sofortige Anordnung eines Halteverbotes aus.

Herr Strauch ist auch für ein Halteverbot, erklärt sich aber zunächst mit einer Probephase einverstanden. Er sieht keine Vergleichbarkeit des Bethelweges mit dem Karl-Schnitger-Weg, bittet aber, die Schranken am Karl-Schnitger-Weg verschlossen zu halten, um Schleichverkehre zu vermeiden.

Herr Witte informiert über das gute Funktionieren aller Verkehrsteilnehmenden auf der Mischverkehrsfläche seiner Wohnstraße „Kneippweg“.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff informiert Frau Kreuzberger über die Parkzeitbegrenzung von 2 Stunden.

Herr Sprenger begrüßt die geänderten Planungen, informiert über die höhere Versiegelung von Flächen durch das reine Vorwärtsparken und Vorwärtsherausfahren und dass diese vorgeschlagene Änderung noch mit dem geltenden Baurecht abgeklärt werden müsse. Die Baumaßnahmen seien dringlich voranzutreiben, da wegen der Fördergelder ein Erstbezug der Häuser zum 01.10.2019 erforderlich werde.

Wegen der zusätzlichen Versiegelung von Flächen rät Herr Heimbeck zum Einsatz von Rasengittersteinen.

Eine weitere Diskussion über die Anordnung der Regenrinne (Vorschläge: 4:2; 3:3; 3,50:2,50; 3,25:2,75 Metern) wird von Frau Kreuzberger und Herrn Sprenger aufgenommen. Eine Prüfung durch das den Plan erstellende Ingenieurbüro bis zur Abstimmung über den Ausbaustandard in der nächsten Sitzung der BV Gadderbaum am 21.03.2019 wird möglichst in Aussicht gestellt.

Frau von der Gracht wirbt noch einmal für die Beibehaltung des 4:2 Verhältnisses und begründet dies ausführlich (Kurzform: in aller Regel wird der Autofahrer die 4 m breite „Fahrbahn“ nutzen und nicht „in der Rinne fahren“; die 2 m breite Fläche werde dann gewohnheitsmäßig wohl von Fußgängern / Schulkindern genutzt werden).

Empfehlung der AG an Verwaltung / vBS:

- *Regenrinnenverlegung zur Optimierung der verkehrlichen Abläufe prüfen*
- *Anordnung eines Halteverbotes auf der „Südseite“ prüfen*

Frau Schneider begrüßt Frau Kreuzberger vom Amt für Verkehr und Herrn Kampling vom beauftragten Ingenieurbüro SM Ingenieurplan GmbH. Anhand von zwei neu überarbeiteten Plänen stellt Frau Kreuzberger die beiden möglichen Varianten vor. Die Variante 1 sei die immer noch favorisierte Ausführung mit der Beibehaltung des 4:2 Verhältnisses

zur Positionierung der Regenabflussrinne. Auf Grund der Höhenunterschiede (Gelände flacht von den Neubauten in Richtung Straße immer weiter ab) sollte die Regenabflussrinne zum Auffangen des Straßenoberflächenwassers soweit „unten“ wie möglich verlegt werden. Bei der Variante 2 könne auf dem Plan sehr gut erkannt werden, dass bei einer Verschiebung des 4:2 –Meter – Verhältnisses in z.B. 3,5:2,5 m die in der Straße befindlichen Schmutzwasserschächte mit der Regenrinne überplant werden müssten, da ansonsten das Regenoberflächenwasser in die Schmutzwasserkanäle laufen würde. Insofern sei die Variante 2 keine echte Alternative. Neu eingearbeitet und vom Amt für Verkehr favorisiert würden auch zwei auf der Gebäudeseite anzuordnende und zu markierende Parkplätze für die Öffentlichkeit sein.

Herr Brunnert bedankt sich für die Ausführungen. Optisch hätte er eine andere Anordnung der Regenrinne bevorzugt; jetzt hätte man aber die Sicherheit, dass alle Anordnungen geprüft worden seien und die Anordnung mit dem 4:2 Verhältnis die einzig technisch richtige Möglichkeit wäre.

Bezüglich der Prüfung eines absoluten Haltverbots auf der „Südseite“ erklärt Frau Kreuzberger, dass die Verwaltung sich gegen ein komplettes absolutes Haltverbot ausspreche. Die Parkmöglichkeiten seien bereits wegen den Ein- und Ausfahrten stark eingeschränkt. Entgegen der Anordnung eines kompletten absoluten Haltverbots werde die Lösung favorisiert, dass auf der gegenüberliegenden Straßenseite – wie in der Variante 1 ersichtlich – zwei markierte Parkplätze angeboten werden. Darüber hinaus würde das Verkehrszeichen „Parken nur in markierten Flächen“ angebracht, so dass auch nur das Parken in den beiden markierten Flächen legal möglich wäre. Heißt im Umkehrschluss: Haltverbot in der gesamten Straße mit Ausnahme der zwei markierten öffentlichen Parkplätze.

Herr Strauch weist noch einmal darauf hin, dass mit der Anlegung von den Querparkplätzen eine größere Fläche versiegelt werden würde. Er bevorzuge die Verlegung von Rasengittersteinen. Eventuell würden baurechtliche Probleme auftreten.

Herr Heimbeck und Herr Witte begrüßen die neu überarbeiteten Pläne. Herr Heimbeck bedankt sich speziell für die eingerichteten Querparkplätze, die die Verkehrssicherheit erhöhen würden. Herr Witte weist darauf hin, dass er in diesem Bereich bereits Parkprobleme voraussehe. Er hofft darauf, dass bei Prüfung der erteilten Baugenehmigung alle benötigten Parkplätze auch wirklich umgesetzt würden.

Frau Osei bedankt sich ebenfalls für die neu erstellten Pläne und begrüßt die Erweiterung von Parkplätzen für Behinderte. Sie sehe jedoch kritisch, dass weniger Fahrradparkplätze und mehr Parkplätze für Fahrzeuge eingerichtet wurden. Es handele sich hierbei nicht um die optimale Lösung.

Frau Kreuzberger weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum handele. Dies sei allein die Entscheidung des Investors, der bereits sehr kompromissbereit wäre.

Frau Schneider bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung.

Es ergeht folgender vom Beschlussvorschlag abweichender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt:

Dem Umbau des Karl-Schnitger-Weges entsprechend der in der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 21.03.2019 neu vorgelegten Planung mit der Fahrbahn 4m/ 2m wird zugestimmt (Variante 1).

Die privaten Parkplätze sollen über Fahrgassen erschlossen werden.

Es sollen zwei markierte öffentliche Parkplätze eingerichtet werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen

Zu Punkt 7

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2019/2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8040/2014-2020

Frau Schneider begrüßt Frau Busch-Viet vom Amt für Jugend und Familie als Berichterstatterin.

Frau Busch-Viet erläutert die Vorlage und beantwortet die Fragen aus der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum.

Anschließend bedankt sich Frau Schneider für die ausführliche Berichterstattung.

So dann ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2019/2020 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2 (in der durch die Tischvorlage geänderten Fassung), die Bestandteile des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2019 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tagesgesein- ein- rich- tungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jah- ren bis zur Ein- schulung	Ia (25 Std.)	164	1.215	3.359	
	Ib (35 Std.)	1.910			
	Ic (45 Std.)	2.500			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	16	16		
	IIb (35 Std.)	804	804		
	IIc (45 Std.)	1.070	1.070		
III = Kinder im Alter von drei Jah- ren und älter	IIIa (25 Std.)	418		418	
	IIIb (35 Std.)	2.841		2.841	
	IIIc (45 Std.)	3.084		3.084	
Summe		12.807	3.105	9.702	insgesamt 905 davon U3 762 Ü3 143

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (12.807 + 905 = 13.712) und der Gesamtzahl der Plätze (13.799) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 122 Plätze in Kitas für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Plätze für Kinder mit Behinderung in Tagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Kinder mit Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden. Plätze für Schulkinder werden nicht angemeldet.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2018/2019 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung

zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2020 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2019 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Vorbehaltlich des Inkrafttretens der angekündigten Änderung des KiBiz zum 01.08.2019 beschließt der Jugendhilfeausschuss, die aufgrund der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 7394/2009-2014 (Jugendhilfeausschuss vom 04.06.2014, TOP 6) für die Zeit vom 01.08.2014 bis 31.07.2019 als plusKITA (§ 16a KiBiz) bzw. als Kita mit zusätzlichem Sprachförderbedarf (§ 16b KiBiz) anerkannten Einrichtungen für ein weiteres Jahr bis 31.07.2020 entsprechend anzuerkennen. Die Verwaltung wird beauftragt, die damit verbundene Landesförderung auch im Kindergartenjahr 2019/2020 fortzusetzen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Information über das Bauprogramm 2019 - 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8217/2014-2020

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis von der Informationsvorlage.

-.-.-

Zu Punkt 9

Altmülldeponien im Stadtbezirk Gadderbaum

Herr Hellermann erläutert, dass von einer Berichterstattung durch das Umweltamt zum jetzigen Zeitpunkt Abstand genommen wurde. Er habe für diese Sitzung eine Übersicht der im Stadtbezirk Gadderbaum erfassten Altablagerungen mitgebracht. Aus dieser „genauen“ Auflistung würden auch die Standorte und die Art des abgelagerten Materials hervorgehen. Außerdem sei der Aufstellung zu entnehmen, dass der überwiegende Anteil der Flächen aus Bodenablagerungen bestehen würde. Unter der Bezeichnung Hausmüll seien auch Ablagerungen von Grün- und Strauchschnitt erfasst. Bei Industriemüll seien auch die Ablagerungen von Formsanden gemeint. Er schlage nun vor, dass sich jede/r die Übersicht genau anschau und bis zum 15.04.2019 Deponien nennen solle, die dann in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 02.05.2019 näher erläutert würden.

Herr Brunnert kritisiert, dass aus der Übersicht die Größe der Deponien nicht hervorgehen würde. Er möchte diesbezüglich nähere Angaben bekommen.

Außerdem fragt er nach, ob jeder/jedem Bürger/in die Möglichkeit eingeräumt wird, diese Informationen zu erhalten. Dies sei wünschenswert und müsse für die Öffentlichkeit zugänglich sein, am besten durch einen

„Klick“ einfach und effizient.

Herr Heimbeck erinnert daran, dass die Bäche im Stadtbezirk Gadderbaum eine schlechte Wasserqualität besitzen würden. Er hätte gerne nähere Informationen über die Bedenklichkeit der Deponien. Welche Deponien sind bedenklich bzw. gefährlich? Was wurde bereits bezüglich der Gefährdung unternommen? Welche Deponien sind abgedichtet worden? Gerade hätte bei einer kleinen Deponie die FvB-Stiftung reagieren müssen.

Herr Kögler ergänzt, dass die Deponie an der Galgenheit bereits abgekapselt wurde.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Bezirkliche Sondermittel 2019

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Sportliche Ferienspiele Gadderbaum 2019

Frau Schneider weist auf den geänderten Antrag des Sportamtes hin, der bereits mit den Sitzungsunterlagen versandt worden sei.

Die Bezirksvertretung ist sich einig darüber, dass ein Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln nur einmalig (ohne Dauerwirkung) gewährt werden kann.

So dann ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt, 500,- € aus den bezirklichen Sondermitteln für die Organisation und Finanzierung der Sportlichen Ferienspiele zu gewähren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Entscheidung über die Empfehlungen der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung "Verkehr" vom 08.03.2019**

-.-.-

Zu Punkt 11.1 **Verkehrliche Situation an der "Kita-Erdenreich", Bethelweg**

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019:

Herr Sander führt kurz ein und verweist auf die o.a. Mitteilung in der letzten BV-Sitzung. Die angedachten Markierungsarbeiten für die Stellplätze gem. vorgelegter Skizze würden witterungsbedingt erst im Frühjahr vorgenommen werden können.

Frau von der Gracht informiert, dass unabhängig von den Markierungen der Bethelweg verkehrlich erschöpft sei. Elternparkplätze im Wendehammer vor der Kita bezeichnet sie schon als „Luxus“. Sie regt an, die verkehrliche Situation des Holens und Bringens der Kinder über den Karl-Siebold-Weg zu regeln.

Herr Heimbeck äußert dagegen Bedenken, da die Eltern immer in Hektik seien und zu lange Fußwege ein solches Angebot unattraktiv machen würden. Die Eltern würden sich weiterhin für den Abhol- und Bringdienst über den Bethelweg entscheiden.

Frau Lindemann informiert, dass auch die am Missionsweg untergebrachte Erzieherschule regen Verkehr verursachen würde. Frau Pfaff schlägt daraufhin die Abbindung vor, da dann auch die Anlieferung über den Karl-Siebold-Weg klappen könnte. Sie bittet insofern das Amt für Verkehr, vor Auftragsvergabe der o.a. angedachten Markierungsarbeiten im Bethelweg in Kooperation mit vBS neue Überlegungen anzustellen und durchzuprüfen.

Herr Müller informiert, dass die Bauarbeiten im Zionsweg gut voranschreiten und die Erzieherschule dort im Missionsweg nicht mehr lange verbleiben würde; allerdings würde das Bethel eigene Gebäude dann in eine andere Nutzung überführt werden.

Frau Moritz bittet um Abbindung des Teilstücks des Bethelweges zur Kita hin, da sich ohnehin niemand an die vorgesehenen Parkplätze im Wendehammer halte, alles zugeparkt werde und somit auch die angedachten Markierungen von Parkplätzen nichts brächten.

Frau Kreuzberger informiert, dass insbesondere aus Gründen der Müllentsorgung eine Abbindung nicht diskutabel sei. Sie informiert über mögliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für den gesamten Bethelweg (mehrheitlicher Vorwurf: es werde zu schnell gefahren) in Absprache mit vBS in Form von andersfarbiger Pflasterung der Verkehrsfläche, Einbau von Baumscheiben an geeigneten Stellen, ggfs. Aufpflasterungen im Fahrbahnbereich etc.).

Es wird auch mit Unterstützung von Frau von der Gracht vorgeschlagen, den Anlieferverkehr für die aus zwei Gebäuden bestehende Kita zu split-

ten. Durch z.B. niederschwellige Maßnahmen wie Versetzung der Zaunanlage / Schließung des Tores müssten die Nutzer „gezwungen“ werden, die Gebäude nur noch gezielt über den Bethelweg bzw. Karl-Siebold-Weg zu erreichen. Es wird mit der Kita-Leitung vereinbart, eine Erhebung / Verkehrszählung in den Hauptzeiten von ca. 8.30-9.00 Uhr und 14.00-14.45 Uhr (Stoßzeiten Anlieferung/Abholung) durchzuführen (Kita-Ende: 17.00 Uhr).

Um Geschwindigkeiten herauszunehmen, bittet Frau Pfaff um Aufstellung von Verkehrsdisplays. Sie seien kein Allheilmittel, würden aber manche Autofahrer „ob ihrer Geschwindigkeit aufschrecken lassen“.

Herr Witte äußert sich positiv über die Baumscheiben; Herr Sander informiert, dass in Absprache mit Straßenbaulastträger, Polizei, Feuerwehr, Stadtwerke, moBiel genauere Standorte geprüft und erst nach ca. einem halben bis einem Jahr auch festgelegt werden könnten. Auf Vorschlag von Frau Schneider wird auch die Aufbringung einer zusätzlichen provisorischen Querungshilfe an geeigneter Stelle geprüft.

Man verständigt sich insgesamt auf eine zeitnahe Rückmeldung unter Federführung der Fachverwaltung „Amt für Verkehr“ über die angedachten Maßnahmen an die Bezirksvertretung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Tempo-30-Piktogramme in der Ortschaft Bethel

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019:

Herr Sander gibt eine Zwischennachricht. Der Straßenbaulastträger sehe keine verkehrliche Notwendigkeit für diese vorgeschlagene Maßnahme. Er selber sehe die besondere Situation der Ortschaft Bethel und habe leider keine amtsinterne Freigabe zur Umsetzung erhalten. Auf Empfehlung seiner Amtsleitung habe er die Bezirksregierung in Detmold als straßenverkehrliche Aufsicht um Entscheidungshilfe bitten müssen. Eine Antwort dazu stehe noch aus und werde zu Mitte April erwartet.

Die Politik und Herr Ortschaftsreferent Müller als „Anregender“ bieten Herrn Sander ihre Unterstützung an. Frau von der Gracht verweist wegen des hohen Verkehrsaufkommens und zu schnellen Geschwindigkeit vieler Kfz insbesondere im Bereich der Krankenhäuser auf die Notwendigkeit der Anordnung dieser Maßnahmen in der Ortschaft Bethel hin und bietet ihrerseits ebenfalls Unterstützung der vBS an.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Verkehrliche Situation am Tierpark

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019:

Herr Sander informiert über Anwohnerbeschwerden bzgl. des bei schönem Wetter infolge des hohen Besucheraufkommens und damit verbundenen hohen Parkdrucks zugeparkten „Johannistales“. Vorschläge wie Einsatz von Ordnern und/oder der Installation von Verfügbarkeitstafeln (Anzeige „besetzt“ oder „freie Parkplätze“) seien eingegangen.

Herr Spilker bittet in solchen Fällen um aktuelle Informationen durch Radio Bielefeld und soziale Medien. Herr Sander nimmt „das alte Problem“ mit in die weiteren Verwaltungsüberlegungen zur möglichen Optimierung der verkehrlichen Situation vor Ort.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11.4 "Kaiserweg"; Freigabe für den Radverkehr

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019:

Die Verwaltung informiert, dass Frau Weber vom Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass der sogen. Kaiserweg im Eigentum der vBS stünde und sie den Antrag deshalb in enger Abstimmung mit den vBS, Frau von der Gracht, bearbeiten und das Ergebnis sowie alle weiteren Prüfpunkte zeitnah der Bezirksvertretung mitteilen werde.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11.5 Festlegung des Ausbaustandards für die Straße "Karl-Schnitger-Weg" zwischen dem Hoffnungstaler Weg und dem Fußwegekreuz am Bohnenbachpark Höhe "Dankort"

- Die Tagesordnungspunkte 6 und 11.5 wurden gemeinsam unter dem Tagesordnungspunkt 6 beraten -
Protokollierung siehe Seiten 12 ff.

-.-.-

Zu Punkt 11.6 Sonstiges aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung "Tiefbau und Verkehr"

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 08.03.2019

Karl-Siebold-Weg (Optimierung der Verkehrlichen Situation)

Nach kurzer Einführung und Diskussion wird der Vorschlag zur Prüfung an die Verwaltung gerichtet, ob gegenüber der Bushaltestelle eine Fahrbahnverengung eingerichtet werden könne.

Der von Herrn Ortschaftsreferent Müller getätigte Vorschlag, am Haus „Eicheneck“ eine Querungshilfe zu installieren, wird von Frau Kreuzberger aus Platzgründen als nicht realisierbar eingestuft, jedoch noch einmal vor Ort geprüft; ansonsten werde der Einbau von Baumscheiben dort geprüft.

Frau von der Gracht gibt hier zu bedenken, dass man vor einer „Umbau-lösung“ die Anliefersituation der Kita Erdenreich geklärt haben müsse, um sich „hier nichts zu verbauen“.

Am Hortweg / Am Großen Feld

Die Kanalbauarbeiten seien abgeschlossen. Die Altkleider- und Glascontainer könnten jetzt aufgrund einer Feuerwehrezufahrt nicht mehr an ihren alten umstrittenen Standort zurück. Ein neuer Standort müsse nun gefunden werden.

Frau Schneider schlägt vor, die Glascontainer auf den Penny-Parkplatz zu versetzen.

Martiniweg

Es werde immer wieder festgestellt, dass verkehrswidrig in Richtung Arthur-Ladebeck-Straße ausgefahren werde. Die Polizeiwache „sei am Thema dran“.

Richard- Wilmanns-Weg

Herr Sander informiert, dass es bezüglich der Kita „Tausendfüßler“ am Richard- Wilmanns-Weg auch Beschwerden über verkehrliche Probleme gebe.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 12

Entscheidung über die Empfehlungen der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung "Johannisfriedhof" vom 13.03.2019

Zu Punkt 12.1

Aufstellen von Fahrradbügel am Johannisfriedhof

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Grün/Johannisfriedhof“ vom 13.03.2019

Frau Schneider begrüßt die Anwesenden und bittet den Umweltbetrieb um Information bezüglich der geplanten Fahrradbügel auf dem Johannisfriedhof.

Herr Lohse erklärt, dass sogenannte Anlehnbügel angeschafft werden sollen.

Geplant sei die Anbringung von mehreren Fahrradbügel links neben der Kapelle im Anschluss an die Hecken (sozusagen in der Ecke). Außerdem seien an den Eingängen zum Friedhof zwei bis drei Fahrradbügel geplant.

Herr Brunnert kritisiert die geplante Anbringung von Fahrradbügel im hinteren Teil des Kapellenhofes.

Die Arbeitsgruppe ist übereinstimmend der Meinung, dass Fahrradbügel gut sichtbar, einladend und unter sozialer Kontrolle angebracht werden müssen. Gerade im Hinblick auf die teuren E-Bikes würde die soziale Kontrolle immer wichtiger. Als geeigneteren Standpunkt sieht die Arbeitsgruppe eine Fläche an, die sich links von der Kapelle direkt auf dem Platz zwischen der Rasenfläche und einem Beet befindet.

Die Anbringung von Fahrradbügel direkt neben den Eingängen zum Friedhof wird von der Arbeitsgruppe befürwortet.

Unter Berücksichtigung der genannten Kritikpunkte der Arbeitsgruppe wird der Umweltbetrieb nun eine Beschlussvorlage erstellen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum wird um Kenntnis und Zustimmung zum geschilderten Vorgehen gebeten.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum folgt der Empfehlung der Arbeitsgruppe und stimmt dem geschilderten Vorgehen zu.

Zu Punkt 12.2 Besichtigung der Friedhofskapelle auf dem Johannisfriedhof und Informationen über Verbesserungen in / an der Kapelle

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Grün/Johannisfriedhof“ vom 13.03.2019

Herr Lohse vom Umweltbetrieb berichtet über die geplanten bzw. neuen Verbesserungsmaßnahmen in und an der Kapelle des Johannisfriedhofes.

Seit dem letzten Jahr gäbe es jetzt eine Lautsprecheranlage in der Kapelle, die noch erweitert werden soll um eine mobile Anlage. Darüber hinaus seien eine neue LED-Beleuchtung installiert und die Bestuhlung erneuert worden. Die Baumaßnahmen seien noch nicht vollständig abgeschlossen. Im angrenzenden Wirtschaftsgebäude werde die Zwischendecke gedämmt und die Fenster in der öffentlichen Toilette werden erneuert und nun arbeitete man daran, dass Regenwasser zukünftig aufzufangen, um es auf dem Johannisfriedhof wiederzuverwenden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum wird um Kenntnis gebeten.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 12.3 Sonstige aktuelle Informationen rund um den Johannisfriedhof; Fragen und Anregungen

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Grün/Johannisfriedhof“ vom 13.03.2019

Frau Hennen vom Umweltbetrieb stellt kurz den Johannisfriedhof vor und erläutert die Besonderheiten dieses Friedhofes.

Als klassischer Parkfriedhof wäre der Johannisfriedhof im Mai 1874 angelegt worden. Der Friedhof hätte unter dem Bau des Ostwestfalendamms 1970 erheblich gelitten. Trotzdem sei der Johannisfriedhof einer der schönsten und ältesten Friedhöfe Bielefelds. Er überzeuge mit zahlreichen künstlerisch und historisch wertvollen Grabmälern sowie mit seinen prachtvollen Rhododendren. Genau dieser Konstellation sei es zu verdanken, dass die Jury des Internetportals Bestattungen.de den Johannisfriedhof im Jahr 2016 zum schönsten Friedhof Deutschlands kürte. Auf dem Johannisfriedhof würden Erd- und Urnenwahlgrabstätten, Reihengrabstätten für Kinder sowie Urnenrasenpfliegewahlgrabstätten angeboten. Die große Rasenfläche gegenüber der Kapelle und das „Arboretum“ seien inzwischen außer Dienst gestellt worden.

Ein großes Problem auf dem Johannisfriedhof sei das Niederschlagswasser. Aus diesem Grunde sei ein Weg saniert und mit entsprechenden Entwässerungsvorrichtungen ausgestattet worden.

Außerdem seien viele Bäume überaltert. Gerade bei den Blutbuchen sei-

en viele Abgänge zu verzeichnen. Die Bezirksvertretung sei hierüber bereits informiert worden. Auch zukünftig müsse mit Fällungen von Bäumen aus Verkehrssicherungsgründen gerechnet werden. Es erfolge fortlaufend eine Verjüngung des Baumbestandes durch Nachpflanzungen.

Herr Brunnert stellt fest, dass es auf dem Johannisfriedhof im Bereich der Kapelle keine ausgewiesenen Parkplätze für Gehbehinderte gäbe.

Die Arbeitsgruppe bittet um entsprechende Ausweisung von Parkplätzen für Gehbehinderte im Bereich der Kapelle.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum wird um Kenntnis gebeten und beauftragt die Verwaltung, Parkplätze für Gehbehinderte im Bereich der Kapelle anzulegen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum folgt der Empfehlung der Arbeitsgruppe und fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beauftragt die Verwaltung, Parkplätze für Gehbehinderte im Bereich der Kapelle anzulegen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Entscheidung über die Empfehlungen der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung "Kultur" vom 20.03.2019 - soweit öffentlich zu beraten -

-.-.-

Zu Punkt 13.1

Jahr der Demokratie 2019 - weiteres Verfahren

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Kultur“ vom 20.03.2019

Frau Schneider begrüßt die Anwesenden und benennt kurz die sieben Vorschläge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus der letzten Sitzung der Bezirksvertretung.

Die Arbeitsgruppe ist sich einig darüber, dass die enge Zusammenarbeit mit den Gadderbaumer Schulen (Martinschule und Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule) weiterhin gepflegt werden müsse. Auch die Teilnahme an dem politischen Stammtisch der Stiftung Bethel sei regelmäßig gewährleistet. Hier bestände kein aktueller Handlungsbedarf.

Frau Schneider informiert darüber, dass im Rahmen der Europawahl am

Montag Vertreter der Fraktionen in der FvB-Schule eingeladen gewesen wären. Morgen fände eine Veranstaltung in der Schule statt mit der Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerern. Es gäbe das Angebot der FvB-Schule, über solche Veranstaltungen im Vorfeld zu informieren.

Andere Vorschläge seien thematisch nicht mit dem Jahr der Demokratie vereinbar

(z.B. politische Aktionen während der sportlichen Ferienspiele) bzw. würden unabhängig von dem Jahr der Demokratie weiterhin angeboten (politische Führungen durch das Alte Rathaus). Open-Air Bezirksvertretungssitzungen im öffentlichen Raum seien sowohl witterungsbedingt als auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit für den nicht öffentlichen Teil der möglichen Sitzung nur schwer umsetzbar.

Die Arbeitsgruppe einigt sich darauf, einen offenen Bezirksvertretungs-Stammtisch im Jahr der Demokratie 2019 einzuführen. Als Veranstaltungsort würde sich das „Clubheim Bolbrinker“ anbieten. Fraglich sei, ob es eine einmalige Veranstaltung oder ein kontinuierlicher Stammtisch (regelmäßig, z. B. jeden Monat) sein solle.

Frau Trüggelmann weist darauf hin, dass alle Veranstaltungen zum Jahr der Demokratie mit Datum auf der Internetseite der Stadt Bielefeld (www.bielefeld.de) unter dem Bielefeld-Logo mit dem Zusatz „Jahr der Demokratie“ aufgelistet seien. Hier könnten jederzeit von der Bezirksvertretung Gadderbaum Veranstaltungen gemeldet werden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum wird um Kenntnis und Zustimmung zum geschilderten Vorgehen gebeten. Eine Abfrage sollte erfolgen, ob der offene Stammtisch einmalig oder regelmäßig stattfinden solle.

Nach kurzer Diskussion schlägt Frau Schneider einen Kompromiss vor. Der offene Stammtisch solle in diesem Jahr dreimal stattfinden, einmal nach der Europawahl und zweimal nach den Sommerferien. Die Termine sollen in der nächsten Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe abgestimmt werden.

So dann ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum richtet im Jahr der Demokratie 2019 einen offenen Stammtisch ein, der in diesem Jahr dreimal stattfinden soll.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13.2 Bezirkliche Kulturmittel 2019

Protokollauszug aus der interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung „Kultur“ vom 20.03.2019:

Frau Trüggelmann weist darauf hin, dass für die Durchführung des diesjährigen Gadderbaumer Osterfeuers bezirkliche Kulturmittel in Höhe von ca. 550,00 Euro benötigt würden. Im vergangenen Jahr seien folgende Kosten entstanden:

<i>Holz</i>	<i>85,00 Euro</i>
<i>Werbung (Flyer und Plakate)</i>	<i>218,96 Euro</i>
<i>Sanitätsdienst</i>	<i>158,00 Euro</i>
<i>Einkauf Lebensmittel und sonstiges</i>	<i><u>113,63 Euro</u></i>
<i>Gesamtkosten 2018</i>	<i>575,59 Euro</i>

Da in der Bezirksvertretungssitzung vom 21.02.2019 bereits der Beschluss gefasst wurde, 250,00 Euro für die Durchführung des diesjährigen Gadderbaumer Osterfeuers aus bezirklichen Kulturmitteln zur Verfügung zu stellen, wird um Aufstockung der bezirklichen Kulturmittel gebeten.

Die Arbeitsgruppe nimmt Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt in 2019 bezirkliche Kulturmittel in Höhe von zusätzlichen 300,00 € für die Durchführung des diesjährigen Gadderbaumer Osterfeuers.

Darüber hinaus erläutert Frau Trüggelmann, dass in der letzten Bezirksvertretungssitzung vom 21.02.2019 bereits über die Kosten für die Veranstaltung „Musik auf dem Saronplatz“ gesprochen worden sei. Die Gage für die „Lohmann-Kapelle“ betrage 1400,00 Euro. Zusätzlich seien Kosten für die GEMA (ca. 200,00 Euro) und die notwendigen Straßensperrungen (100,00 Euro) zu berücksichtigen. Diese Kosten müssten komplett aus den bezirklichen Kulturmitteln finanziert werden. Eine andere Deckung dieser Kosten sei nicht möglich. Bezüglich der Kosten für die GEMA könne Rücksprache gehalten werden mit der FvB-Stiftung. Die FvB-Stiftung trage jedoch schon die Kosten für die Bühne, Beleuchtung, Tontechnik, Stühle, Tische, Abfallentsorgung etc. Es bestände von Seiten des Stadtbezirkes Gadderbaum als Mitveranstalter noch eine Unterdeckung in Höhe von 500,00 Euro.

Die Arbeitsgruppe nimmt Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt in 2019 bezirkliche Kulturmittel in Höhe von zusätzlichen 500,00 € für die Organisation der Veranstaltung „Musik auf dem Saronplatz“.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum folgt der Empfehlung der Arbeitsgruppe und fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt in 2019 bezirkliche Kulturmittel in Höhe von zusätzlichen 300,00 € für die Durchführung des diesjährigen Gadderbaumer Osterfeuers.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt in 2019 bezirkliche Kulturmittel in Höhe von zusätzlichen 500,00 € für die Organisation der Veranstaltung „Musik auf dem Saronplatz“.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

-.-.-

**Zu Punkt 14.1 Instandsetzung des Waldweges zwischen dem Johannistal und der Fußgängerbrücke über dem OWD
Sitzung vom 15.11.2018, TOP 5.1**

Frau Trüggelmann erklärt, dass die Verwaltung mit Beschluss aus der Sitzung vom 15.11.2018 gebeten worden sei, zu prüfen, wie die ersten 300 Meter des Waldweges zwischen der Fußgänger-/Fahrradbrücke am Adenauerplatz und dem Johannisberg umweltgerecht in Stand gesetzt werden können.

Nunmehr liegt die Stellungnahme der Verwaltung vor, die sie anschließend verliest:

Bei einem gemeinsamen Ortstermin unter Beteiligung 660 Amt für Verkehr, 700.65 Forsten Tierpark und 700.64 Grünunterhaltung wurde folgendes festgestellt:

Bei dem angesprochenen Waldweg handelt es sich etwa zur Hälfte um einen Forstweg der von 700.65 zu Forstarbeiten genutzt werden muss und um einen Spazierweg der von 700.64 unterhalten wird.

Im Bestand ist der Weg mit einer Asphaltdecke befestigt die erhebliche, verkehrssicherungsrelevante Schäden aufweist.

Es ist davon auszugehen, dass die vorhandene Asphaltdecke belastet ist und als Sonderabfall entsorgt werden muss. Dieser Verdacht wird durch den deutlichen Teergeruch von frisch abgebrochenem Material gestützt. Um eine Analyse kümmert sich das Amt für Verkehr.

Aktuell ist geplant den Weg in einen geschotterten Waldweg umzubauen, der den notwendigen forstlichen Ansprüchen genügt und als Wander- und Spazierweg genutzt werden kann.

Nach vorläufigen Schätzungen betragen die Kosten für die Sanierung des 300 m langen Teilstückes des Schotterweges zwischen 25.000 – 35.000 € je nach Menge des belasteten Materials das entsorgt werden muss.

Herr Heimbeck bittet darum, größeren Schotter zu verwenden, damit der Waldweg hinterher gut zu befahren sei.

Herr Brunnert ergänzt, dass es sich auf jeden Fall um belastbaren Asphalt handeln solle.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14.2 GS Martinschule Erweiterung der OGS - Informationen zum Planungsstand des Erweiterungsgebäudes für Mensa und OGS

Frau Trüggelmann verliest die Mitteilung vom Immobilienservicebetrieb:

Die Ausführungsplanungen für den Erweiterungsbau der GS Martinschule waren zum Jahresende 2018 weit fortgeschritten. Vorbereitende Kampfmitteluntersuchungen in Zusammenhang mit den Spezialtieffengründungen sollten im Frühjahr 2019 durchgeführt werden.

Anfang Dezember bat uns jedoch das Amt für Schule (400) auf Wunsch von Schule, OGS und Elternvertretung um Prüfung, ob anstatt der bisher nach ISB-Standard vorgesehenen „Cook-and-Chill“ – Küche hier eine sogenannte „Frischküche“ möglich sei.

Die Finanzierung der erforderlichen Mehrkosten aufgrund höherer räumlicher und technischer Anforderungen sowie des zusätzlichen Planungsaufwandes wurden vom Amt für Schule in Aussicht gestellt.

Daraufhin wurden die bisherigen Ausführungsplanungen zunächst ruhend gestellt, um keine unnötigen Kosten zu verursachen.

Stattdessen wurden in Zusammenarbeit mit der Schule und dem Amt für Schule verschiedene Varianten untersucht.

Am 07.02.2019 fand ein abschließender Ortstermin mit dem Architekturbüro, dem ISB, dem Amt für Schule und Vertretern der Schule (Schulleitung, OGS-Träger, OGS-Leitung, Elternvertreter) statt. Als verbindliches Ergebnis dieser Besprechung sprachen sich insbesondere auch die schulischen Vertreter einstimmig für die erarbeitete und vorgestellte Planung aus.

Unabhängig von der Auswahl eines konkreten Caterers kann die Küche sowohl als „Frisch-küche“ mit Kühlzelle, als auch weiterhin als niederschwellige „Cook-and-Chill“- Küche genutzt werden und bietet somit eine hohe Flexibilität.

Auf Basis dieses Ergebnisses wurden die Detailplanungen aufgenommen, entsprechend geändert sowie die Mehrkosten ermittelt. Diese Schätzung geht von zusätzlichen Ausstattungs- und Planungskosten in Höhe von ca. 195.000,- € bei einer zulässigen Unschärfe von +/- 20 % aus.

Seit dem 13.03.2019 liegt uns nun die Finanzierungszusage des Amtes für Schule zur Übernahme dieser Zusatzkosten vor.

Inzwischen wurden die Ausführungsplanungen zur gesamten Bauvorbereitung von allen beteiligten Fachplanern mit Hochdruck wieder aufgenommen.

Über diese Entwicklung wurde der Schulleiter am 19.03.2019 durch das Amt für Schule offiziell unterrichtet.

Weiterhin müssen nun sämtliche Bauantragsunterlagen aktualisiert und zur Prüfung und Genehmigung beim Bauamt nachgereicht werden. Parallel dazu wird der Terminplan aktualisiert.

Aufgrund dieser doch weitreichenden Änderungen und der bereits stark ausgelasteten Baufirmen kann ein Baubeginn im Sommer nicht garantiert werden.

Von einer vorzeitigen Kampfmitteluntersuchung inkl. Geländevorbereitung wird abgesehen, weil Teile des Schulhofes, der Verbindungsweg zum Hoffnungstaler Weg sowie der Park-platz dann schon wochenlang vor dem eigentlichen Baubeginn nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Wir werden Sie jedoch baldmöglichst über einen realistischen Baubeginn informieren.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14.3 Abfallbehälter Kükenshove / Deckertstraße

Frau Trüggelmann führt aus, dass in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 21.02.2019 Frau Herting defekte Abfallbehälter auf Höhe der Querungshilfe an der Ecke Deckertstraße / Kükenshove gemeldet hätte.

Nun liegt die Mitteilung des Umweltbetriebes vor:

Bei dem Standort handelt es sich um eine Privatfläche im Eigentum der Stiftung Bethel. Die Stiftung Bethel wurde gebeten, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

gez. Barbara Schneider
Bezirksbürgermeisterin

gez. Ina Trüggelmann
stellv. Schriftführung